

Veröffentlicht in

Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht

Heft 4 / 2021

Gleißner, W. / Follert, F. / Daumann, F. (2021):
„Alles zu seiner Zeit‘: ein kritischer Diskussionsbeitrag
zum Thema Nachhaltigkeit“,
S. 500 – 515

Mit freundlicher Genehmigung der
Deutscher Fachverlag GmbH, Frankfurt / Main

www.dfv.de

Forum:

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Werner Gleißner, Leinfelden-Echterdingen, Dresden
Ass.-Prof. Dr. Florian Follert, Seekirchen (Österreich)
Univ.-Prof. Dr. Frank Daumann, Jena

Zusammenfassung

Das Ziel der Nachhaltigkeit nimmt im öffentlichen Diskurs eine dominante Rolle ein. So wird gefordert, dass nicht nur die staatliche Politik, sondern auch Unternehmen sowie Individuen, ihre Handlungen an diesem Ziel auszurichten haben. Aus ökonomischer Sicht ist Nachhaltigkeit jedoch differenziert zu betrachten, da die Verfolgung jedes Ziels – auch das der Nachhaltigkeit – in einer Welt der Knappheit zu Opportunitätskosten führt. Auch als strenge Nebenbedingung ist Nachhaltigkeit problematisch. Hätte man in früheren Zeiten ausschließlich nachhaltig gewirtschaftet, wäre die Realisierung des heutigen Niveaus an Wohlstand und Lebenserwartung nicht möglich gewesen. Ebenso würde eine kompromisslose Umsetzung dieses Ziels zum jetzigen Zeitpunkt möglicherweise zu massiven Verwerfungen bei Wohlstand und Lebenserwartung führen. Auch eine Verpflichtung der Unternehmensleitungen auf dieses Ziel schafft erhebliche diskretionäre Handlungsspielräume, die nicht im Sinne der Eigentümer sein können. Schließlich beschränkt eine auf Ver- und Geboten basierende „perfekte“ Nachhaltigkeitspolitik in erheblichem Maße die Freiheitsspielräume der Individuen. Hier wäre vielmehr marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten der Vorzug zugeben, die zum einen einen Großteil der individuellen Freiheit erhalten und zum anderen Innovationsprozesse initiieren.

Summary

The goal of sustainability plays a dominant role in public discourse. Certain groups demand that not only governmental politics, but also companies and individuals, have to act towards this goal. From an economic point of view, however, sustainability must be viewed in a differentiated manner, since the pursuit of any goal – including sustainability – leads to opportunity costs in a world of scarcity. Sustainability is also problematic as a strict secondary condition. If one had strictly stuck to the goal of sustainability in earlier times, it would not have been possible to achieve today's level of prosperity and life expectancy. Likewise, an uncompromising implementation of this goal at the present time would lead to massive upheavals in prosperity and life expectancy. Committing a company's management to this goal also creates considerable discretionary room for maneuver, which cannot be in the interests of

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

the owners. After all, a „perfect“ sustainability policy based on prohibitions and requirements limits the scope of individual freedom to a considerable extent. Rather, preference should be given to market-based control instruments, which on the one hand preserve a large part of individual freedom and on the other hand initiate innovation processes.

1 Problemstellung: Nachhaltigkeit als positiv konnotiertes Phänomen

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist heute zum Paradigma für Politik, Wissenschaft, Real- und Finanzwirtschaft geworden. Nachhaltigkeit ist durchgängig positiv konnotiert – wer könnte dagegen etwas einwenden?

„Mehr Nachhaltigkeit“ wird heute als zentrale Zielsetzung von Unternehmen oder als Nebenbedingung von Entscheidungen erwartet und bei politischen Entscheidungen gefordert (siehe zum Begriff z.B. Ben-Eli 2018; Carroll 1999; Wang et al. 2016; Basiago 1995; Brundtland 1987; Fahr und Foit 2021 sowie für eine Zusammenfassung üblicher Definition zur Nachhaltigkeit siehe Vos 2007). Die UNO hat Nachhaltigkeitsziele veröffentlicht, die als Leitlinie für die Politik der einzelnen Staaten gelten sollen. Zunehmend mehr Finanzmittel fließen in „nachhaltige Investitionen“ (siehe etwa Bauer, Ruof und Smeets 2021). Somit tangiert die Nachhaltigkeitsdebatte inzwischen neben der Real- auch die Finanzwirtschaft, was nicht zuletzt durch das Ziel des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker (2018), „to set global sustainable finance standards“ zum Ausdruck kommt.¹ Im europäischen Raum sehen sich Unternehmen branchenübergreifend mit diversen Regulierungen konfrontiert. So verlangt etwa die Umsetzung der europäischen „CSR-Richtlinie“² in Form des „CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz“ von kapitalmarktorientierten Unternehmen gewisser Größenklassen die Aufnahme einer „nichtfinanziellen Erklärung“ in die Unternehmensberichterstattung (hierzu als Überblick Baumüller und Follert 2020; Graßmann et al. 2018; Sassen et al. 2021). Gemäß § 289c HGB sollen externen Adressaten hierdurch Informationen zu 1. Umweltbelangen, 2. Arbeitnehmerbelangen, 3. Sozialbelangen, 4. Achtung von Menschenrechten und 5. Bekämpfung von Korruption zur Verfügung gestellt werden.

In der öffentlichen Debatte wird Nachhaltigkeit heute nahezu immer als günstige und vor allem objektive Eigenschaft gesehen. Fehlende Nachhaltigkeit wird umgekehrt negativ beurteilt und „nicht nachhaltige“ Unternehmen sollen abgestraft werden z.B. durch den Ausschluss ihrer Aktien aus dem Anlagefeld eines Investmentfonds oder bei der Vergabe von Krediten (Dorfleitner, Grebler und Utz 2020; sowie Dorfleitner, Kreuzer und Sparrer 2021). Dabei wird vernachlässigt, dass „Nachhal-

1 Zum Verhältnis von nachhaltiger Unternehmensführung und finanziellem Ergebnis siehe etwa Velte 2017, und Azevedo/Kaserer/Campos 2021.

2 CSR: Corporate Social Responsibility.

tigkeit“ ein normatives Ziel darstellt, das den subjektiven Präferenzen eines Entscheiders entspricht und somit höchst individuell ist. Es dürfte kaum zu bestreiten sein, dass ein Betrieb, der über Generationen den Eigentümern, den Familien seiner Mitarbeiter sowie dem Staat einen Einkommensstrom entrichtet, nachhaltig wirtschaftet, ohne dass zur Beurteilung seine „CO₂-Bilanz“ untersucht werden müsste.³ Nichtsdestoweniger scheint es einen breiten Konsens zu geben, dass nach Möglichkeit alle staatliche Politik „nachhaltig“ sein sollte und alle „nicht nachhaltig“ wirtschaftenden Unternehmen durch gesetzlichen Druck und den Druck anderer Anspruchsgruppen – insbesondere auch aus dem Nichtregierungsbereich – schnellstmöglich „nachhaltig“ werden sollten – oder eben ihre Legitimation verlieren.

Auch in der akademischen Welt nimmt Nachhaltigkeit als Forschungsobjekt mittlerweile einen großen Stellenwert ein. So gibt es zahlreiche Studiengänge und auch Lehrstühle für Nachhaltigkeitsmanagement oder Sustainability Management. Manche Universitäten haben sogar eine einschlägige Fakultät eingerichtet oder zumindest den Terminus „nachhaltig“ in den Fakultätsnamen aufgenommen.

Was auffällt ist, dass eine kritische Reflexion des Begriffs bzw. eine darauf abzielende Politik bislang kaum zu finden sind. Diese Lücke will der hier vorliegende Beitrag in essayistischer Form zumindest ansatzweise beseitigen.

Da er als Essay konzipiert ist, soll er eine weiterführende Diskussion und den Weg für eine ausgewogenere Problemanalyse anstoßen. Dabei ist zu beachten, dass das Forschungsfeld keinesfalls als abgeschlossen, sondern in hohem Maße als dynamisch betrachtet werden muss.

Der Diskussionsbeitrag folgt nachstehender Struktur: In Kapitel 2 wird der Nachhaltigkeitsbegriff umrissen und in Kapitel 3 einer kritischen Würdigung unterzogen. Hierbei wird zunächst die volkswirtschaftliche Perspektive eingenommen und anschließend der Sachverhalt auf einzelwirtschaftlicher Ebene gewürdigt. Als analytische Methodik kommen dabei Gedankenexperimente zum Einsatz, die als provokante Fragen formuliert werden. In Kapitel 4 werden die theoretischen Ergebnisse diskutiert und es werden Implikationen sowie der weitere Forschungsbedarf hergeleitet, bevor die wichtigsten Erkenntnisse in Kapitel 5 zusammengefasst werden.

2 Nachhaltigkeit: Begriff und Bedeutung

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ hat seinen Ursprung im frühen 18. Jahrhundert insbesondere in der forstlichen Wirtschaftslehre (von Carlowitz 1713). Hier wird von „nachhaltender Nutzung“ des Waldes gesprochen.⁴

³ Zur finanziellen Nachhaltigkeit siehe Günther/Günther 2017, und Günther/Gleißner/Walkshäusl 2020.

⁴ Weitere Bezüge finden sich etwa bei Malthus 1798; Mill 1848; als Überblick etwa Waschbusch/Kiszka/Strauß 2021.

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

Während sich die damalige Forstökonomik auf eine ressourcenorientierte Betrachtung des Begriffs konzentrierte, ist das moderne Verständnis von Nachhaltigkeit weiter gefasst. Im Report of the World Commission on Environment and Development *Our Common Future* (Brundtland 1987, 24) erfolgt eine wegweisende Annäherung an das Konzept der Nachhaltigkeit:

„Humanity has the ability to make development sustainable – to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. The concept of sustainable development does imply limits – not absolute limits but limitations imposed by the present state of technology and social organization on environmental resources and by the ability of the biosphere to absorb the effects of human activities.“

In Deutschland hat sich bereits 1998 ein Zugang zum Nachhaltigkeitsbegriff über die Säulen „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Soziales“ etabliert (Deutscher Bundestag 1998). In der heutigen Diskussion wird der Ökologie-Aspekt meist eingehend betrachtet, mit einem zurzeit besonderen Fokus auf den Klimawandel (siehe etwa Dayeen, Sharma und Derrible 2020).⁵ Ein verbreitetes Verständnis kann man hier wie folgt zusammenfassen: Der Natur soll nicht mehr entnommen werden, als durch die Natur wieder regeneriert werden kann, bzw. es sollen nicht mehr Schadstoffe emittiert werden, als durch natürliche Prozesse wieder abgebaut werden können. Dies gilt speziell für die Emission von Kohlendioxid: Die anthropogene CO₂-Emission sollte entsprechend des Prinzips der Nachhaltigkeit so eingeschränkt werden, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre nicht mehr weiter ansteigt (zumindest nicht weiter, als dies für die Erreichung des 1,5 bzw. 2 Grad Temperatur-Ziels akzeptabel ist). Insbesondere ist so beispielsweise ein Wirtschaftssystem nicht nachhaltig, dessen Energiebedarf maßgeblich durch die Verfeuerung von Erdöl und Kohle, also zweier endlicher fossiler Ressourcen, gedeckt wird, da dieser Vorgang erheblich zur Emission von CO₂ führt und damit den Klimawandel begünstigt.

3 Nachhaltigkeit: eine kritische Betrachtung

Aus ökonomischer Perspektive kann die Forderung nach Nachhaltigkeit nicht absolut sein, da durch die Zielverfolgung Kosten entstehen. Welche Kosten der Entscheider als gerade noch akzeptabel erachtet, richtet sich nach dem erwarteten Nutzen, sodass die marginalen Kosten den entsprechenden Nutzen nicht übersteigen sollten. Die daraus resultierenden Überlegungen sollen zunächst anhand von drei Fragen aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive beleuchtet werden. Anschließend wird auf einer Mikroebene versucht, die unternehmerische Sicht zu diskutieren.

⁵ Weiterführend zu ESG- und CSR-Konzepten siehe Fahr/Foit 2021.

3.1. Die volkswirtschaftliche Perspektive

Erste (kontrafaktische) Frage: Wie gut ginge es der Menschheit heute, wenn schon immer nachhaltig gewirtschaftet worden wäre?

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, wie oben ausgeführt, dass der Natur nicht mehr Ressourcen entnommen werden dürfen, als durch Regeneration neu geschaffen werden. Ein Wirtschaftsmodell darf somit nicht auf dem Verbrauch endlicher Ressourcen aufgebaut sein. Nach dem oben skizzierten Begriffsverständnis von Nachhaltigkeit wäre die Umwandlung von Urwäldern in Ackerland nicht nachhaltig.

Insofern wäre die neolithische Revolution, die wohl als ein wesentlicher Meilenstein in der Entwicklung der Menschheit zu betrachten ist, wenngleich sie die individuellen Lebensbedingungen einzelner Menschen (im Durchschnitt) nicht unbedingt verbessert hat (Harari 2015), als nicht nachhaltig einzustufen. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und eine steigende Lebenserwartung sind erst infolge der industriellen Revolution feststellbar, die selbst wiederum erst durch geeignete institutionelle Rahmenbedingungen, wie freie Märkte und gesicherte Eigentumsrechte, möglich war. Mit Beginn der Industrialisierung (und der Agrarrevolution) kam es zu einem starken Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens, eines Prozesses, der ausgehend von Großbritannien sukzessive wesentliche Teile der Welt erfasste. Die Lebenserwartung und alle Indikatoren des Lebensstandards haben sich insbesondere in den letzten 150 Jahren global massiv verbessert (siehe z.B. Rosling 2018). Freilich war die industrielle Revolution und die damit verbundene Entwicklung nicht nachhaltig im Sinne der oben genannten Definition. Dies zeigt sich nicht nur an der im 19. Jahrhundert bereits feststellbaren ausgeprägten Umweltverschmutzung, die selbst in den europäischen Ländern erst ab den 1970er Jahren schrittweise wieder reduziert werden konnte.

Die industrielle Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass der Faktor Arbeit teilweise durch den Faktor Kapital substituiert und auf diese Weise erheblich produktiver wurde. Menschliche Arbeitskraft wurde also teilweise durch Maschinen ersetzt. Im Unterschied zu den Produktionsmethoden in der Antike und im Mittelalter, die sich als Energiequellen vor allem der Muskelkraft von Tieren und Menschen sowie des Holzes oder der Wind- und Wasserkraft bedient haben (Schneider 1992, S. 40 ff.; Cavaciocchi 2002), entstammte die dafür notwendige Energie im Zeitalter der industriellen Revolution im Wesentlichen fossilen Energieträgern, also Kohle und später Öl. Der Verbrauch dieser Energieträger, die endlich sind und den Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre maßgeblich bestimmen, ist eindeutig nicht nachhaltig.

Selbstverständlich war die Endlichkeit dieser Ressourcen den Menschen bewusst, aber ein erst in großer zeitlicher Ferne liegender Engpass wurde offenbar ignoriert.⁶ Freilich wäre ohne die industrielle Revolution mit der nicht nachhaltigen Nutzung

⁶ Auch die Auswirkungen der Verbrennung der fossilen Energieträger und den damit einhergehenden Anstieg der CO₂-Konzentration in der Luft auf die globale Temperatur ist grundsätzlich seit 150 Jahren be-

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

fossiler Energieträger der heute erreichte Lebensstandard und die Lebenserwartung der Menschen unmöglich erreichbar gewesen (siehe hierzu etwa McKeown 1976, und die sich daran anschließende Diskussion. Hierzu etwa Colgrove 2002, und Bynum 2008). Die im historischen Vergleich einzigartig guten Lebensbedingungen, die sich heute vorfinden lassen, sind also im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Menschen früher das Konzept der Nachhaltigkeit ignoriert und eine nicht nachhaltige Politik verfolgt haben (zumindest nicht nachhaltig im oben skizzierten Sinne).

Wie konsequent „nicht nachhaltig“ die Lebensweise, Wirtschaft und Politik früher waren, zeigt sich, wenn man exemplarisch z. B. das Jahr 1900 betrachtet. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und den USA (und zunehmend auch in Japan) hing maßgeblich von den endlichen Energieträgern Kohle, Öl und Gas ab. Eine Alternative dazu, die ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht hätte, war nicht ansatzweise erkennbar.⁷ Dennoch war die Einstellung der Menschen damals offenbar, dass die Endlichkeit der für ihre Wirtschaft zentralen Ressourcen kein Grund war, auf Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der damals (im heutigen Vergleich) ärmlichen Lebensbedingungen zu verzichten. Die Reduzierung von Armut (oder der Aufbau von Reichtum) hatte offenbar für die damalige Bevölkerung Priorität. Vermutlich ging man davon aus, dass Probleme in ferner Zukunft auch in ferner Zukunft zu lösen seien.

Zweite Frage: Wie würde es der Menschheit gehen, wenn durch den Druck von Gesetzgebern und anderen Anspruchsgruppen alle nicht nachhaltigen Unternehmen ihr Geschäft beenden müssten?

Nicht nachhaltig wirtschaftende Unternehmen, wie z. B. Unternehmen der Kohle- und Ölindustrie, werden (von vielen Interessengruppen) als „böse“ eingeschätzt (siehe etwa Toyota 2018). Es wird angestrebt, ihre geschäftlichen Aktivitäten, die nicht nachhaltig sind, zu verhindern (siehe z. B. das Urteil eines niederländischen Gerichts gegen Royal Dutch Shell wegen deren Beitrag zur CO₂-Emission). Investoren und Kreditgeber wollen die Geschäftsaktivitäten der Unternehmen erschweren, indem z. B. der Kauf von Aktien oder Anleihen solcher Unternehmen ausgeschlossen und insgesamt die Finanzierung der Geschäftsaktivitäten möglichst erschwert wird.

Nehmen wir kontrafaktisch an, eine derartige Politik hätte tatsächlich kurzfristig Erfolg. Was wäre die Konsequenz? Gesetzlicher Druck und Finanzierungsdruck würde erreichen, dass sämtliche nicht nachhaltigen Unternehmen – also etwa die Öl- und Kohleindustrie – ihre Geschäfte einstellen müssten. Man braucht keine große Fantasie, um festzuhalten, dass dies sofort zu einem Kollaps der Weltwirtschaft und infolgedessen zu einem Zusammenbruch der Nahrungsmittelversorgung eines Großteils der Bevölkerung führen würde – mit katastrophalen Folgen für die Lebenser-

kennt. Der schwedische Nobelpreisträger Svante Arrhenius hat bereits 1896 auf den Treibhauseffekt verwiesen.

7 Eine Substitution von Kohle und Gas durch Windkraft in größerem Umfang war nicht realisierbar. Eine Nutzung der Sonnenenergie war ebenfalls nur äußerst eingeschränkt möglich.

wartung. Zweifelsohne sind die Unternehmen der Öl- und Kohleindustrie heute notwendig für das wirtschaftliche Geschehen und somit systemrelevant. Daran wird sich vermutlich auch in absehbarer Zeit wenig ändern und selbst bei einer langfristig rückläufigen Bedeutung fossiler Energieträger im Vergleich zur regenerativen Energien wird insbesondere in vielen Ländern mit niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen weiterhin die Wirtschaft zu einem erheblichen Teil auf fossilen Energieträgern aufbauen.⁸ Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, solche Unternehmen, die für das Leben eines Großteils der Menschheit eine erhebliche Bedeutung aufweisen, in irgendeiner Weise als „böse“ einzustufen – und zu versuchen, sie zu schädigen.

Der verständliche Wunsch nach Förderung von Nachhaltigkeit im Energiesektor über die stärkere Nutzung regenerativer Energiequellen sollte den Weg der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Energiequellen gehen. Wenn sich im Wettbewerb neue Technologien durchsetzen und ältere verdrängen, ist dies c.p. für die Menschen vorteilhaft. Die „nicht marktliche Bestrafung“ unerwünschter Geschäftsmodelle und Unternehmen, z.B. der Kohle- und Ölindustrie, ist dagegen für den Wohlstand verstanden im weitesten Sinne schädlich, solange eben nicht im erforderlichen Umfang wettbewerbsfähige Alternativen zur Verfügung stehen.

Dritte Frage: Welches Instrumentarium ist zur Durchsetzung einer aus gesellschaftlicher Perspektive „perfekten“ Nachhaltigkeitsstrategie eines Staates akzeptabel?

Das Thema Nachhaltigkeit wird naheliegenderweise stark aus einem gesamtgesellschaftlich und politischen Kontext betrachtet (siehe Brundtland 1987). So werden bei den ESG- und CSR-Kriteriensystemen explizit die Auswirkungen der Tätigkeit eines Unternehmens auf die Gesellschaft berücksichtigt. Nachhaltigkeit erhält damit den Stellenwert eines gesamtgesellschaftlichen Ziels, das durch eine mittels Gesetz vorgegebene „Nachhaltigkeitspolitik“ erreicht werden soll. Erkennbar wird eine derartige Nachhaltigkeitspolitik zumindest ansatzweise im speziellen Feld der Klimapolitik, in dem zunehmend Handlungsweisen vorgeschrieben werden (Stichwort: Kohleausstieg, Regelung zu erneuerbaren Energien, anstehendes Verbot von Automobilen mit Verbrennungsmotoren).

Derartige, wenn auch bisher nur partiell umgesetzte staatliche Vorgaben schränken die Freiheitsspielräume der Marktteilnehmer erheblich ein, indem sie bestimmte Handlungsoptionen entweder untersagen oder anordnen. Eine aus gesamtgesellschaftlicher Sicht „perfekte“ Nachhaltigkeitspolitik, die von jedem Unternehmen und Individuum eine konsequente Orientierung am Ziel der Nachhaltigkeit fordert, und die mit Handlungsvorgaben und Verboten umgesetzt würde, würde damit notwendigerweise die individuelle Freiheit stark beschränken. Gesetzliche Regelungen zur Reduzierung der CO₂-Emission hätten vermutlich teilweise drastische Auswir-

⁸ Öl ist unabhängig vom Verbrauch zudem für die chemische Industrie kaum sinnvoll ersetzbar.

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

kungen auf nahezu jede menschliche Tätigkeit. Pointiert ausgedrückt wäre damit der Urlaub in Übersee und das Halten von Haustieren in Frage gestellt.

Mit einer Bepreisung der CO₂-Emission, die nach wie vor alle Handlungsmöglichkeiten zu allerdings teilweise höheren Preisen erhalten würde, ließe sich eine derartige „perfekte“ Nachhaltigkeitspolitik nicht umsetzen: Individuen könnten bereit sein, für Handlungsalternativen zu optieren, die ein hohes Maß an CO₂ emittieren, weil ihnen der Nutzen dieser Handlungsoption als höher erscheint als der Preis, den sie dafür selbst nach der CO₂-Bepreisung bezahlen müssten.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass eine „perfekte“ auf Ge- und Verboten basierende Nachhaltigkeitspolitik zum Verlust eines Großteils der individuellen Freiheit führen würde. Aus einer liberalen Perspektive wäre Lösungen der Vorzug zu geben, die die Freiheitsspielräume der Individuen erhalten. Gleichwohl ließe sich damit das Ziel einer „perfekten“ Nachhaltigkeitspolitik kaum erreichen, da auf individueller Ebene stets Abwägungsprozesse stattfinden würden.

3.2 Die unternehmerische Perspektive

In einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsordnung kann das Privateigentum als Treiber von Innovation und Fortschritt angesehen werden, was sich bereits an den bekannten Funktionen des Eigenkapitals manifestiert (hierzu etwa Matschke 1991, Bieg, Kußmaul und Waschbusch 2016). Da ein Eigentümer unter Unsicherheit in Vorleistung tritt, bevor durch Marktumsätze genierte Rückflüsse an ihn und andere Anspruchsgruppen möglich sind, ist es ökonomisch nachvollziehbar, dass sich auch die Geschäftspolitik eines Unternehmens grundsätzlich an den Präferenzen der Eigentümer auszurichten hat, was nicht bedeutet, dass nicht auch andere Interessengruppen in diese Zielfunktion integriert werden können, bzw. als Nebenbedingungen akzeptiert werden (Follert 2020, 185; ferner Bagus, Daumann und Follert 2021).

In der sog. Investors Relation Politik (bzw. PR) und vermutlich auch in der tatsächlichen Unternehmenspolitik wird auf Nachhaltigkeit steigenden Wert gelegt (siehe etwa Roesch et al. 2021). Ist es also allgemein wünschenswert, wenn sich die Unternehmensleitung – speziell als Alternative zum traditionellen Eigentümeransatz⁹ – nun in erster Linie an Nachhaltigkeit ausrichtet? Neben dem Eigentümer werden dabei auch andere Interessengruppen im Rahmen der Unternehmenspolitik berücksichtigt, was insbesondere in den Ansätzen für Corporate Social Responsibility und den ESG-Modellen¹⁰ deutlich wird (vgl. Fahr und Foit 2021, Kitzmueller und Shimshack 2012).¹¹

9 Hierzu eingehend Speckbacher 1997 und 1998. Zur Verknüpfung mit der wertorientierten Unternehmensführung aus kapitalmarkttheoretischer Perspektive siehe insbesondere Rappaport 1983 und 1986, und die sich daran anschließende Diskussion. Hierzu etwa Koslowski 2000.

10 ESG – Environmental, Social, Governance.

11 Siehe ergänzend Günther et al. 2018 zu den Auswirkungen auf die betriebswirtschaftliche Performance sowie Baumüller/Gleißner 2020 zu Nachhaltigkeitsrisiken.

Ein sog. Stakeholder-Ansatz mit einer Orientierung der Unternehmenspolitik an einer Vielzahl von Kriterien, speziell am Prinzip der Nachhaltigkeit, findet viel Zuspruch (Velte und Weber 2021). Auch die Entscheider der Unternehmen selbst scheinen diesen Ansatz einer wertorientierten Unternehmensführung, basierend auf den Interessen der Eigentümer, vorzuziehen.

Auch hier ist aber eine uneingeschränkt positive Beurteilung nicht angemessen. Bereits unter 2. wurde z.B. gezeigt, dass es für den Wohlstand der Menschheit vorteilhaft sein kann, wenn weitere Unternehmen mit eindeutig nicht nachhaltigen Geschäftsmodellen, speziell der Kohle- und Ölindustrie, weiter aktiv bleiben. Ein solches Geschäftsmodell kann nicht die hehren Prinzipien der Nachhaltigkeit vollumfänglich erfüllen, wenngleich auch solche Unternehmen bezogen auf einzelne Nachhaltigkeitskriterien Verbesserungen erreichen können.

Grundlegender ist aber die Frage, ob sich die Geschäftsleitungen der Unternehmen prinzipiell an einem Multi-Kriterien-System unter besonderer Beachtung der Nachhaltigkeit orientieren sollten und nicht z.B. am Unternehmenswert als Oberziel und finanzieller Kennzahl, die Höhe, Zeitpunkt und Risiko zukünftiger Zahlungsströme verdichtet ausdrückt (Rappaport 1983 und 1986, Günther 1997, Gleißner 2019, sowie mit einer kritischen Einordnung Ballwieser 2009). Auch wenn man im Schrifttum¹² für einen derartigen Stakeholder-Ansatz viel Zuspruch findet¹³, erscheint den Autoren keines der Argumente als geeignet, die grundsätzlichen Schlussfolgerungen von Friedman (1970) in Frage zu stellen. Friedman hat klar für einen eigentümerorientierten Ansatz plädiert: „The social responsibility of business is to increase its profits“. Dieser weist auch in der deutschsprachigen Betriebswirtschaftslehre eine lange Tradition auf (hierzu Hering 2014, S. 25). Eine ethische Begrenzung findet der eigentümerorientierte Ansatz in der Figur des ehrbaren Kaufmanns (hierzu etwa Albach 2003, Waschbusch 2013, Gerbaulet 2018): Dieser strebt nach Reputation (hierzu etwa Shapiro 1983, Gerbaulet 2016), um langfristig Einkommen am Markt zu erzielen, indem er Kundenpräferenzen in höherem Maße befriedigt als dies seine Wettbewerber vermögen. Anders als Kunden und Mitarbeiter haben zudem die Eigentümer keine Möglichkeit, ihre Interessen vertraglich abzusichern.

Diese grundlegende Argumentation, die auf dem utilitaristischen Fundament des freiwilligen Tauschs zur Verbesserung der individuellen Position beruht, hat auch im Hinblick auf die Thematik Nachhaltigkeit Anwendung zu finden: Gesetzliche Vorgaben mit Nachhaltigkeitszielen, z.B. des Umweltschutzes oder der CO₂-Emissionen, sind als Nebenbedingungen der Geschäftspolitik selbstverständlich einzuhalten. Aber darüber hinaus sollte die Geschäftsführung als Agent der Eigentümer keine willkürlichen Entscheidungsspielräume bekommen, die freilich von der Geschäftsleitung begrüßt würden (siehe zum Principal-Agent-Problem bereits Ross 1973, Jen-

12 Siehe zur Diskussion über multi-kriterielle Unternehmensziele bereits Heinen 1966 und Ortmann 1976. Vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitsaspekts siehe etwa Wieland 2014 und Wagner 2021.

13 Vgl. zur Diskussion Hillman und Keim 2001.

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

sen und Meckling 1976). Es sollte den Eigentümern des Unternehmens und ihren Präferenzen überlassen bleiben, ob und inwieweit sie mit ihrem Anteil an den ausschüttbaren Gewinnen eines Unternehmens persönliche oder gesellschaftliche Ziele, inklusive Nachhaltigkeitsziele, unterstützen wollen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Informationsbasis der Nachfrageseite im Zuge der Digitalisierung und der schnellen Verbreitung durch soziale Medien sich erheblich verbessert hat. Damit ist es den Nachfragern möglich, entsprechenden Druck auf Unternehmen und deren Gewinnsituation zu erzeugen, indem Kaufkraft auf Konkurrenten umgelenkt wird, die den Präferenzen der Nachfrager etwa bei der Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen eher entsprechen (hierzu eingehend Bagus, Daumann, Follert 2021).

4 Implikationen, Diskussion und weiterer Forschungsbedarf

Nachhaltigkeit sollte bei politischen wie auch unternehmerischen Entscheidungen Beachtung finden – aber nicht uneingeschränkt.

Wie im Beitrag gezeigt wurde, ist es dem offensichtlich nicht nachhaltigen Verhalten früherer Generationen zu verdanken, die z. B. die endlichen Kohle- und Ölreserven im Zuge der industriellen Entwicklung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts genutzt haben, dass der heutige Lebensstandard und die heutige Lebenserwartung erreicht wurde. Nicht nachhaltig wirtschaftende Unternehmen der Öl- und Kohleindustrie sind nicht etwa „böse“ bzw. schädlich für die Menschen, sondern auf absehbare Zeit unabkömmlich, um mit ihren Produkten das Überleben eines großen Teils der Menschheit zu gewährleisten. Strafmaßnahmen gegen solche Unternehmen, sei es durch den Gesetzgeber oder auch durch Investoren, sind in dieser Hinsicht kritisch zu betrachten. Die Substitution von Kohle, Öl und Gas durch regenerative Energiequellen, oder allgemein andere Technologien, erfolgt nicht über das Verbot der nicht nachhaltigen Geschäftsmodelle und von Kohle, Öl und Gas. Vielmehr ist es erforderlich, zunächst durch technologische Innovationen wettbewerbsfähige Alternativen bereitzustellen.

Schließlich wurde auch gezeigt, dass die Orientierung der Unternehmensleitung an dem weitgehend diffusen Multikriterien-Ansatz der Nachhaltigkeit auch aus Sicht einer Eigentumsethik als problematisch erscheint. Die vielfältigen Aspekte von Nachhaltigkeit würden erhebliche diskretionäre Verhaltensspielräume für die Unternehmensführung eröffnen, da sich nahezu jede Maßnahme durch den Bezug auf Nachhaltigkeit rechtfertigen ließe. Nach wie vor empfiehlt sich die klare Ausrichtung der Unternehmenspolitik an einem wertorientierten Ansatz (Gleißner 2019), der die Interessen der vertraglich nicht abgesicherten Eigentümer in den Mittelpunkt stellt. Gesetzliche Vorgaben – auch im Bereich Nachhaltigkeit – sind damit als Nebenbedingungen bei den Entscheidungen der Unternehmensleitung einzuhalten.

Die Zielsetzung der Nachhaltigkeit – sei es auf gesellschaftlicher Ebene oder sei es auf individueller und auf Ebene der Unternehmen – sollte stets im Kontext von Handlungsalternativen interpretiert werden. So kann es nicht per se als ein Problem betrachtet werden, wenn z.B. auf einer ökonomischen Entwicklungsstufe – wie der industriellen Revolution – für den weiteren Fortschritt endliche Ressourcen verbraucht werden. Es ist auch nicht per se ein Problem, wenn durch die CO₂-Emission ein moderater oder vielleicht auch wieder rückläufiger Anstieg der Erdtemperatur als Nebenwirkung einhergeht.¹⁴ Der Anspruch, dass eine Generation der Menschheit in der Lage sein sollte, alle zukünftig denkbaren Probleme zu lösen, scheint mehr als fragwürdig. Adäquate institutionelle Rahmenbedingungen mit einer Förderung von Wissenschaft, Bildung, technologischer Innovation und Kapitalbildung – gesicherte Eigentumsrechte vorausgesetzt – werden Wirtschaftswachstum in Verbindung mit technologischem Fortschritt hervorbringen und damit zukünftige Handlungsmöglichkeiten verbessern.¹⁵

Das Konzept der Nachhaltigkeit erscheint zu eng gefasst, wenn man die verbesserte Problemlösefähigkeit in der Zukunft, insbesondere durch technischen Fortschritt und größere Wirtschaftskraft, berücksichtigt. Erst die ökonomischen und technischen Entwicklungen durch die industrielle Revolution haben es beispielsweise ermöglicht, dass im 19. und 20. Jahrhundert die heute verfügbaren Technologien entwickelt wurden, die nun ein schrittweises Ablösen der fossilen Energieträger durch regenerative Energien ermöglichen. Ohne eine temporär nicht nachhaltige Entwicklung seit der industriellen Revolution, basierend auf Kohle, Öl und Gas, wären die heutigen technischen Möglichkeiten, vom Computer bis zu Solarzellen, nicht zu erwarten gewesen. In einem umfassenderen Sinn ist bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit also auch in Erwägung zu ziehen, dass ein temporärer Abbau auch von endlichen Ressourcen durchaus akzeptabel sein kann, wenn durch diese zukünftige Handlungsmöglichkeiten, speziell in Verbindung mit technologischem Fortschritt, verbessert werden. Natürlich ist es nie gewiss, welche zukünftige Entwicklung sich einstellen wird. Die Erfahrungen der Vergangenheit und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft sprechen aber dafür, dass über das Preissignal des Markts für endliche und knappe Ressourcen rechtzeitig Alternativen gefunden werden.

So gab etwa der frühere saudische Erdölminister und Opec-Protagonist, Scheich Ahmed Zaki Yamani, das auch in diesem Zusammenhang zutreffende Bonmot zum Besten, dass die Steinzeit nicht zu Ende ging, weil keine Steine mehr vorhanden waren. Sicher ist umgekehrt, dass bei einer kontinuierlich nachhaltigen Politik die Menschheit nie über den Status der Jäger und Sammler hinausgekommen wäre – und die Lebenserwartung voraussichtlich auch 30 Jahre nicht überschritten hätte. Bei aller Bedeutung von Nachhaltigkeitsüberlegungen auf Ebene von Politik und Wirtschaft

14 Siehe zu einer ökonomischen Einordnung Nordhaus 2018; Lomborg 2020 und Hänsel et al. 2020.

15 Siehe Christensen/Gillingham/Nordhaus 2018 zur langfristigen Wachstumsprognose von 2 % Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr.

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

sollte Nachhaltigkeit daher nicht zu einem alles dominierenden Dogma erhoben werden.

5 Fazit

Die wirtschaftliche Entwicklung ist sicherlich dafür verantwortlich, dass Ressourcen verbraucht wurden, die sich nicht in absehbarer Zeit regenerieren. Ebenso dürfte sie zu einem Großteil die damit einhergehende Emission von Treibhausgasen mit den vermuteten Auswirkungen auf die Erderwärmung verursacht haben. Gleichwohl haben diese wirtschaftliche Entwicklung und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die Ernährung, die Hygiene usw. dafür gesorgt, dass sich sowohl die Lebensbedingungen der Menschheit als auch die Lebenserwartung erheblich verbessert haben.

Die Überlegungen zeigen, dass Nachhaltigkeit nicht absolut interpretiert werden kann, sondern dass es auch hier aus ökonomischer Sicht notwendig ist, den Kontext zu berücksichtigen. Eine absolut befolgte Nachhaltigkeit würde den Verzicht bestimmter Entwicklungspfade und Handlungsoptionen implizieren, der zu erheblichen Verwerfungen geführt hätte bzw. führen würde. Mit anderen Worten: Auch für das Streben nach Nachhaltigkeit existieren Opportunitätskosten, die sorgsam auf verschiedenen Ebenen – sei es auf Ebene des Staates, der Unternehmen oder des Individuums – abgewogen werden wollen.

6 Literaturverzeichnis

Albach, H. (2003): Zurück zum ehrbaren Kaufmann. Zur Ökonomie der Habgier, in: WZB-Mitteilungen, Heft 100, S. 37–40.

Azevedo, V./Kaserer, C./Campos, L. M. S. (2021): Investor sentiment and the time-varying sustainability premium, in: *Journal of Asset Management*, 7.8.2021, <https://doi.org/10.1057/s41260-021-00233-1>.

Ballwieser, W. (2009): Shareholder Value als Element von Corporate Governance, in: *Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 61, S. 93–101.

Bagus, P./Daumann, F./Follert, F. (2021): Toward a total morality of Supply Chain Acts, in: *Management Decision*, 13.07.2021, doi:10.1108/MD-12-2020-1626.

Basiago, A. D. (1995): Methods of defining ‘sustainability’, in: *Sustainable Development*, 3(3), S. 109–119.

Bauer, R./Ruof, R./Smeets, P. (2021), Get Real! Individuals Prefer More Sustainable Investments, in: *The Review of Financial Studies*, S. 3976–4043.

- Baumüller, J./Follert, F. (2020): Nichtfinanzielle Berichterstattung. Hintergründe, Inhalte und Umsetzung, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* Heft 5, 49. Jg., S. 48–50.
- Baumüller, J./Gleißner, W. (2020): Quantifizierung von nichtfinanziellen Risiken im unternehmensweiten Risikomanagement, in: *GRC aktuell*, Heft 4/2020, S. 139–147.
- Ben-Eli, M. U. (2018): Sustainability: definition and five core principles, a systems perspective, in: *Sustainability Science*, 13, 1337–1343.
- Bieg, H./Kußmaul, H./Waschbusch, G. (2016): *Finanzierung*, 3. Aufl., München: Vahlen.
- Brundtland, G. H. (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future, in: United Nations General Assembly document A/42/427.
- Bynum, B. (2008): The McKeown thesis, in: *The Lancet*, 371 (9613), S. 644–645.
- Carlowitz, H. C. von (1713): *Sylvicultura oeconomica*, Hausswirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht, Leipzig.
- Carroll A. B. (1999): Corporate social responsibility: Evolution of a definitional construct, in: *Business & Society*, 38, S. 268–295.
- Cavaciocchi, S. (ed.), *Economia e energia secc. XIII-XVIII*, Firenze.
- Christensen, P./Gillingham, K./Nordhaus, W. (2018): Uncertainty in forecasts of long-run economic growth, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS)*, 115, S. 5409–5414.
- Colgrove, J. (2002). The McKeown thesis: a historical controversy and its enduring influence, in: *American journal of public health*, 92, S. 725–729.
- Dayeen, F. R./Sharma, A. S./Derrible, S. (2020): A text mining analysis of the climate change literature in industrial ecology, in: *Journal of Industrial Ecology*. Vol. 24, S. 276–284. <https://doi.org/10.1111/jiec.12998> (Zugriff: 28.09.2021).
- Dorfleitner, G./Grebler, J./Utz, S. (2020): The impact of corporate social and environmental performance on credit rating prediction: North America versus Europe, in: *Journal of Risk*, 22(6), S. 1–33.
- Dorfleitner, G./Kreuzer, C./Sparrer, C. (2021): ESG controversies and controversial ESG: about silent saints and small sinners, in: *Journal of Asset Management*, 21, S. 393–412.
- Fahr, R./Foit, D. (2021): Corporate Social Responsibility, in: *Das Wirtschaftsstudium*, 50, S. 281–288.

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

Follert, F. (2020): Zur Unternehmensbewertung im Spruchverfahren aus interessentheoretischer Sicht. Der aktienrechtliche Minderheitenausschluss im Lichte der Neuen Politischen Ökonomie, Wiesbaden: Springer Gabler.

Friedman, M. (1970): The social responsibility of business is to increase its profits, in: New York Times, 13, S. 122–126.

Gerbaulet, D. (2016): Der Unternehmer als Reputator, Tübingen: Mohr Siebeck.

Gerbaulet, D. (2018): Quo vadis ehrbarer Kaufmann?, in: Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship, 66, 289–295.

Gleißner, W. (2019): Cost of capital and probability of default in value-based risk management, in: Management Research Review, 42, S. 1243–1258.

Graßmann, M./Krannich, T./Günther, T./Günther, E. (2018): Die nichtfinanziellen Erklärungen der DAX30-Unternehmen – Eine empirische Analyse der Berichterstattung über die Umweltbelange nach § 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB –, in: KoR IFRS Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung, 18, S. 431–441.

Günther, E./Busch, T./Endrikat, J./Günther, T./Orlitzky, M. (2018): What We Know about the Economic Payoffs of Corporate Ecological Sustainability, in: Weber, J./Wasieleski, D. M. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility: Volume 2, Emerald Publishing Limited, S. 325–352.

Günther, T. (1997): Unternehmenswertorientiertes Controlling, München: Vahlen.

Günther, T./Gleißner, W./Walkshäusl, C. (2020): What happened to financially sustainable firms in the Corona crisis?, in: NachhaltigkeitsManagementForum, 28, Heft 3, S. 83–90.

Günther, T./Günther, E. (2017): Finanzielle Nachhaltigkeit. Messung, finanzielle Steuerung und Herausforderungen, in: Hoffjan, A./Knauer, T./Wömpener, A. (Hrsg.): Controlling. Konzeptionen, Instrumente, Anwendungen, Schäffer Poeschel, Stuttgart 2017, S. 79–90.

Hänsel, M. C./Drupp, M. A./Johansson, D./Nesje, F./Azar, C./Freeman, M. C./Groom, B./Sternier, T. (2020): Climate economics support for the UN climate targets, in: Nature Climate Change, 10, S. 781–789.

Harari, Y. N. (2015): Sapiens: A Brief History of Humankind, 8th ed., London: Vintage.

Heinen, E. (1966): Das Zielsystem der Unternehmung. Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden: Gabler.

Hering, T. (2014): Unternehmensbewertung, 3. Aufl., München: De Gruyter Oldenbourg.

Hillman, A. J./Keim, G. D. (2001): Shareholder Value, Stakeholder Management, and Social Issues: What's The Bottom Line?, in: *Strategic Management Journal*, 22, S. 125–139.

Juncker, J.-C. (2018): Keynote speech by President Jean-Claude Juncker at the High-Level Conference on Financing Sustainable Growth, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_18_2402 (Zugriff: 28.09.2021).

Jensen, M./Meckling, W. (1976): Theory of the firm. Managerial behavior, agency costs, and ownership structure, in: *Journal of Financial Economics*, 3, S. 305–360.

Kitzmueller, M./Shimshack, J. (2012): Economic Perspectives on Corporate Social Responsibility, in: *Journal of Economic Literature*, 50, S. 51–84.

Koslowski, P. (2000): The Limits of Shareholder Value. In: Sójka J., Wempe J. (eds) *Business Challenging Business Ethics: New Instruments for Coping with Diversity in International Business*, Springer, Dordrecht, https://doi.org/10.1007/978-94-011-4311-0_14 (Zugriff: 28.09.2021).

Lomborg, B. (2020): Welfare in the 21st century: Increasing development, reducing inequality, the impact of climate change, and the cost of climate policies, in: *Technological Forecasting and Social Change*, Vol. 156, July 2020, 119981.

Malthus, T. R. (1798): *An essay on the principle of population*, London.

Matschke, M. J. (1991): *Finanzierung der Unternehmung*, Herne: NWB.

McKeown, T. (1976): *The Modern Rise of Population*. New York, NY: Academic Press.

Mill, J. S. (1848). *Principles of political economy*, Bd. 2, London.

Nordhaus, W. D. (2018): Projections and Uncertainties about Climate Change in an Era of Minimal Climate Policies, in: *American Economic Journal: Economic Policy*, 10, S. 333–360.

Ortmann, G. (1976): *Unternehmensziele als Ideologie. Zur Kritik betriebswirtschaftlicher und organisationstheoretischer Entwürfe einer Theorie der Unternehmensziele*, Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Roser, M. (2011): www.ourworldindata.org.

Rappaport, A. (1983), Corporate Performance Standards and Shareholder Value, in: *Journal of Business Strategy*, 3, Heft 4, S. 28–38.

Rappaport, A. (1986): *Creating Shareholder Value. A Guide for managers and investors*, The Free Press.

Roesch, M./Köberlein, J./Goldmanns, M./Hohmann, A. (2021): Green-Lean-Digital als Leitbild für die nachhaltige Fabrik der Zukunft, in: *Zeitschrift für wirtschaftlichen Fabrikbetrieb*, 116, Heft 1-2, S. 29–33.

„Alles zu seiner Zeit“: ein kritischer Diskussionsbeitrag zum Thema ZfU 4/2021 500–515
Nachhaltigkeit

Rosling, H. (2018): *Factfulness: Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist*, Berlin: Ullstein.

Ross, S. (1973): *The Economic Theory of Agency: The Principal's Problem*, in: *The American Economic Review* Vol. 63 No. 2, *Papers and Proceedings of the 85th Annual Meeting of the American Economic Association*, S. 134–139.

Sassen, R./Azizi, L./Bien, C./Braun, V. (2021): *Stand nachhaltigen Wirtschaftens in Deutschland*. Im Auftrag von Rat für nachhaltige Entwicklung.

Schneider, H. (1992): *Einführung in die antike Technikgeschichte*, Darmstadt.

Shapiro, C. (1983): *Premiums for High Quality Products as Returns to Reputations*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, 98, S. 659–680.

Speckbacher, G. (1997): *Shareholder Value und Stakeholder Ansatz*, in: *Die Betriebswirtschaft*, 57, S. 630–638.

Speckbacher, G. (1998): *Das Shareholder Value-Konzept im Lichte der Corporate Governance-Debatte*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 27, S. 95–97.

Toyota, T. (2018): *Sustainability is now mission critical for businesses. Here's why*, <https://www.weforum.org/agenda/2018/09/sustainability-is-now-mission-critical-for-businesses-heres-why/> (Zugriff: 28.09.2021).

Velte, P. (2017): *Does ESG performance have an impact on financial performance? Evidence from Germany*, in: *Journal of Global Responsibility*, 80, S. 169–178.

Velte, P./Weber, S. (2021): *Sustainable corporate purpose and sustainable corporate governance: Integrative theoretical framework and reform recommendations*, in: *ZfU*, 44, S. 287–323.

Vos, R. O. (2007): *Defining sustainability: a conceptual orientation*, in: *Journal of Chemical Technology & Biotechnology*, 82, S. 334–339.

Wagner, F. W. (2021): *Für wen sind Unternehmen da?: Kurswechsel des Corporate Governance Kodex*, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 22, S. 27–44.

Wang, Q./Dou, J./Jia, S. (2016): *A meta-analytic review of corporate social responsibility and corporate financial performance: The moderating effect of contextual factors*, in: *Business & Society*, 55, S. 1083–1121.

Waschbusch, G. (2013): *Zukunft ohne Banken – Banken ohne Zukunft?*, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 66, S. 86–89.

Waschbusch, G., Kiszka, S., Strauß, P. (2021): *Nachhaltigkeit in der Bankenbranche*. Baden-Baden: Nomos.